Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Oehl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. **Telegramm-Adresse:** Anzeiger Halver.

Nr. 29 | Anzeigenpreis: für 1mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebüren 10 Goldpfennig und Porto. — | Halver Donnerstag, den 3. Februar | Erscheint wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt" und „Herd und Scholle" | 1927

Das Programm des neuen Kabinetts

Der Inhalt der Regierungserklärung.

Die Spannung in bezug auf die für die Reichstagssitzung von Donnerstag angesagte Erklärung der neuen Regierung war schon vorher auf das höchste gestiegen. Zahlreiche Gerüchte gingen in dieser Beziehung um, doch unterlief dabei sicher viel Unrichtiges. Nach Mitteilungen von in der Regel gut unterrichteter politischer Seite gliedert sich der Inhalt der Erklärung im wesentlichen wie folgt:

Die Regierungserklärung des Reichskanzlers für das neue Kabinett beschäftigt sich zuerst mit der Außenpolitik. Hervorgehoben wird, daß der bisherige Kurs für gegenseitige Annäherung der Staaten weiterhin beibehalten werden soll. Der Reichskanzler wird das Aufhören der Militärkontrolle und der damit von der Gegenseite zugestandenen vollkommenen Entwaffnung Deutschlands erwähnen und dabei erneut auf das Widersinnige einer weiteren Besetzung der Rheinlande durch fremde Truppen hinweisen. Dann wird auch der Ausbau des Handelsvertragnetzes mit den fremden Völkern betont, wobei in erster Linie auf die jetzt schwebenden Verhandlungen mit Polen und Frankreich hingewiesen wird. Bei den Fragen der inneren Politik wird die schleunige Änderung des Wahlrechts zum Reichstag als dringendste Aufgabe erwähnt. Ein Hinweis auf die Erfahrungen, die man infolge der Zusammensetzung des Reichstages unter dem jetzigen Wahlrecht gemacht hat, folgt, besonders unter Berücksichtigung der Erfahrungen während der letzten langen Regierungskrise. Ferner kommt die Ankündigung eines weiteren Fortschreitens auf dem Wege der sozialen Gesetzgebung. Gefordert wird die Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes, wobei es gilt, die Interessen der Arbeiterschaft mit denen der Arbeitgeber zu vereinen und gleichzeitig dadurch die Ratifikation des Washingtoner Abkommens zu ermöglichen. Für das Reichsschulgesetz, das von allen Seiten so heiß umstritten wird, ist angeblich eine Form gefunden worden, die es erlaubt, die Bedingungen der Reichsverfassung mit den Wünschen der einzelnen Konfessionen und der Elternschaft in Einklang zu bringen.

*

Die parlamentarische Behandlung.

Abmachungen über das Reichsschulgesetz.

In parlamentarischen Kreisen sieht man mit Erwartung der Regierungserklärung des neuen Reichskabinetts am Donnerstag entgegen. Die Reichsregierung hat in ihrer Mittwochsitzung diese Regierungserklärung beraten. Sie soll, wie man hört, sehr umfangreich sein und sich im wesentlichen auf den Richtlinien aufbauen, die zwischen den neuen Regierungsparteien vereinbart worden sind, ergänzt durch die Erklärung zu den Fragen der Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik, über die Dr. Brauns und Dr. Curtius in den Tagen vor der Ernennung des Kabinetts verhandelt haben. Wie es heißt, wird am Beginn der Regierungserklärung ein starkes Bekenntnis zur Deutschen Republik abgegeben werden.

Nach der programmatischen Erklärung des Reichskanzlers wird in den Beratungen des Reichstages eine kurze Pause eintreten, die von den Fraktionen zur Besprechung über den Inhalt der Regierungserklärung benutzt werden wird. Es ist beabsichtigt, daß die Regierungsparteien zunächst eine kurze gemeinsame Erklärung abgeben lassen, daß sie aber auch einzeln Gelegenheit zu längeren Erklärungen nehmen werden. Es ist vorgesehen, daß jede Fraktion zwei Redner vorschickt, um sich mit der neuen Regierung auseinanderzusetzen. Man rechnet damit, daß die Aussprache im Reichstag am Sonnabend beendet sein und daß dann über die Vertrauens- und Mißtrauensanträge, die von den Parteien eingebracht werden, abgestimmt werden wird. Es ist zweifellos, daß die neue Reichsregierung zunächst eine parlamentarische Mehrheit hinter sich haben wird.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß unter den neuen Regierungsparteien die feste Abmachung zustande gekommen ist, unverzüglich nach dem Abschluß der Etatsberatung im Reichstag den Entwurf des neuen Reichsschulgesetzes vorzulegen. Über dieses Gesetz werden unter den Regierungsparteien noch eingehende Verhandlungen stattfinden, und zwar ist vorgesehen, daß hierfür ein besonderer interfraktioneller Ausschuß eingesetzt wird, dem die sachverständigen kulturpolitischen Mitglieder der Parteien angehören werden.

*

Amtsübernahme durch Reichsjustizminister Hergt.

Für unpolitische Rechtspflege.

Der neue Reichsjustizminister Hergt hat nunmehr sein Amt übernommen. Nach einer Begrüßungsansprache des Staatssekretärs Joel wandte er sich in längerer Rede an die Beamtenschaft des Ministeriums. Er betonte, die Rechtspflege solle und müsse unpolitisch sein und unbeschadet sachlicher Kritik vom öffentlichen Meinungsstreit unberührt bleiben. Indessen ist es leider eine Tatsache, daß Rechtsprechung und Richterstand in zunehmendem Maße ungerechtfertigten und übertriebenen Angriffen und Kritik ausgesetzt seien. Der Reichsjustizminister habe hier eine politische Aufgabe allerersten Ranges, nämlich, die Unabhängigkeit der Justiz zu schützen, das Vertrauen zu ihr im Volke zu stärken und das Ansehen des Richterstandes zu sichern — eine Aufgabe, der er sich mit allen Kräften widmen wolle. Der Geist der Gerechtigkeit werde für ihn bei seiner Amtsführung das oberste Gesetz bilden.

Gesamtaufnahme des neuen Kabinetts



Aufgenommen nach der ersten Kabinettssitzung: Von links nach rechts, sitzend: Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Reichskanzler Dr. Marx, Reichsjustizminister Hergt, Dr. Geßler (Reichswehrministerium). Stehend von links nach rechts: Verkehrsminister Dr. Koch, Reichsminister des Innern v. Keudell, Finanzminister Dr. Köhler, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Schiele, Dr. Curtius (Wirtschaft).

Heute die Beilage:

„Herd und Scholle", „Für unsere Frauen"

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird in der nächsten Woche einen längeren Erholungsurlaub antreten.

* Donnerstag nachmittag tritt der Reichstag zur Entgegennahme der Regierungserklärung zusammen.

* Der siebente Reichslandbundtag wurde Mittwoch in Berlin abgehalten unter Teilnahme vieler Tausender von Landwirten aus allen Teilen des Reiches.

* Nach einem neuen Fernsprechgesetzentwurf sollen die Telephongebühren ermäßigt werden.

Die Pariser Einigung.

Unmittelbar vor Toresschluß, ehe die Interalliierte Militärkontrollkommission Berlin verließ und wegen Regelung der „Reste" besondere Beauftragte bei den Ententegesandtschaften die weiteren Verhandlungen übernehmen sollten, ist zwischen der deutschen Regierung und der Botschafterkonferenz in Paris eine Einigung erzielt worden, ebenso in der Festungsfrage wie hinsichtlich der Ausfuhr von sogenanntem Kriegsmaterial. Die Lösung ist freilich nur dadurch möglich gewesen, daß die deutsche Regierung Entgegenkommen bewiesen und sich zu Konzessionen bereit erklärt hatte, die freilich den weitreichenden polnischen Forderungen erfreulicherweise nicht ganz entsprechen. Auch im Osten wird nun eine Grenzzone geschaffen, die in baldiger Zukunft als praktisch unbefestigt anzusehen ist, weil Deutschland sich verpflichtet hat, dort keine anderen Befestigungswerke zu errichten, als die im Jahre 1920 in den Listen der Militärkontrollkommission verzeichneten und schon vorhandenen. Darüber hinaus hat die Botschafterkonferenz dem zugestimmt, daß von den umstrittenen 88 Neuanlagen 54 bestehen bleiben sollen, nämlich 31 bei Königsberg, 15 bei Lötzen und 8 bei Glogau. Die betonierten Unterstände bei Küstrin müssen wieder beseitigt werden und die Anlage neuer Befestigungen in jener Gegend ist verboten. Über die Instandhaltung der uns genehmigten Befestigungen wird eine genaue Abmachung getroffen werden. Deutschland übernimmt außerdem die Verpflichtung, keine anderen Befestigungen zu erhalten oder gar neu zu errichten über die genehmigten hinaus. Diese Bestimmung bezieht sich aber nur auf die Grenzzone; im übrigen hat Deutschland volle Freiheit, wie das Abkommen ausdrücklich bestimmt. Die polnische Behauptung, unsere Ostbefestigungen besäßen nicht einen Verteidigungs-, sondern einen Angriffscharakter, ist also größtenteils wirkungslos geblieben.

Gleichzeitig wird nun auch die Frage der Erzeugung für die Ausfuhr des sogenannten Kriegsmaterials durch einen besonderen Gesetzentwurf geregelt. Danach ist die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät jeder Art ebenso verboten wie die Herstellung solchen Gerätes für inländische Verwendung oder für die Ausfuhr. Das bezieht sich natürlich nicht auf die Erzeugnug, soweit sie für die Zwecke der Reichswehr geschieht und hierfür von der Entente zugelassen worden ist. Die Schwierigkeit der Verhandlungen lag darin, festzustellen, was unter „Kriegsgerät" überhaupt zu verstehen ist. Der Gesetzentwurf zählt nun in 45 Ziffern genau auf, welches Material als für Kriegszwecke bestimmt zu betrachten ist. Es wird bei allen einigermaßen zweifelhaften oder umstrittenen Erzeugnissen ausdrücklich gesagt, daß ihre Ausfuhr, Herstellung oder Lagerung nur dann verboten ist, wenn sie wirklich für Kriegszwecke verwendbar sind. Die viel weitergehenden Forderungen der Entente, wobei besonders England in vorderster Linie stand, konnten abgewiesen werden, auch in der Form, daß nur fertige Hauptteile von Waffen und Munition sowie die Hauptteile des sonstigen Kriegsgerätes herzustellen und auszuführen verboten ist, wenn sie nicht in der gleichen Form für wirtschaftliche Zwecke Verwendung finden können. Der Beweis muß geführt werden, daß diese Dinge wirklich nur für militärische Zwecke verwendbar sind oder für die Herstellung von Waffen, Munition und Kriegsgerät ganz offenkundig Verwendung finden sollen. Darüber hinaus ist eine Reihe weiterer Erzeugnisse aufgeführt, deren Aufbewahrung und Lagerung im Inland verboten ist, nicht aber deren Herstellung und Ausfuhr. In Kraft tritt dieses künftige Gesetz aber erst sechs Monate, nachdem es die Billigung der verfassungsmäßigen Instanzen gefunden hat, weil man bestehende Verträge über die Ausfuhr künftighin verbotener Erzeugnisse nicht annullieren will.

Auch jetzt wieder sind wir durch den Druck der Entente zu weitgehenden Konzessionen genötigt worden, die aber wieder auf der anderen Seite dadurch ihre Ergänzungen finden müssen, daß man nun endlich dem Gedanken einer allgemeinen Abrüstung nähertreten kann.

*

Die kommende Völkerbundkontrolle.

Echo der Presse über das Pariser Abkommen.

Das zwischen den deutschen Bevollmächtigten, dem Versailler Militärkomitee und der Botschafterkonferenz geschlossene Abkommen über die Restpunkte der Entwaffnungsforderungen und der Beschluß der endgültigen Entlastungserteilung in dieser Frage werden vorerst durch einen Briefwechsel zwischen dem Präsidenten der Botschafterkonferenz und dem deutschen Botschafter in Paris, v. Hoesch, ihre diplomatische Bestätigung finden. Ferner wird die Botschafterkonferenz den Völkerbundrat davon in Kenntnis setzen und darauf hinweisen, daß der Völkerbund in Zukunft für alle Entwaffnungsfragen des Reiches zuständig ist.

Die gesamte Pariser Presse bespricht eingehend das Kompromiß in der Befestigungsfrage und muß zugeben, daß damit nunmehr das Entwaffnungsproblem mit Deutschland restlos geregelt ist. Von den polnischen Blättern zeigt sich „Kurjer Poranny“ über das Kompromiß befriedigt, da es seiner Auffassung nach die wesentlichen Bedenken des Marschalls Foch berücksichtigt. Auch „Kurjer Polski“ ist mit der Pariser Entscheidung zufrieden, die er die Realisierung der Pläne des polnischen Außenministers nennt. Professor Stronski ist in der „Warszawianka“ anderer Meinung. Über die Frage der Ostfestungen — eine Angelegenheit, die eine offensichtliche Verletzung der Bestimmungen des Versailler Vertrages darstelle — habe man ein Kompromiß geschlossen, um auf diesem Wege von der Kontrolle zur Scheinkontrolle zu gelangen. Das Kompromiß über die Ostfestungen verschleiere den Rückzug der Alliierten in der Frage der Kontrolle über die Rüstungen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Rivierareise des Reichsaußenministers.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird seine seit Monaten geplante längere Erholungsreise nach dem Süden Mitte oder Ende der nächsten Woche antreten, unmittelbar nachdem die Zusammenarbeit zwischen der neuen Regierung und dem Reichstag gesichert und die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten während der Abwesenheit des Ministers geregelt ist. Es ist vorgesehen, daß während der Erholungsreise Dr. Stresemanns in Nizza eine Zusammenkunft der an den Locarnoverträgen beteiligten Minister stattfindet. Vor der Teilnahme an der Märztagung des Völkerbundes in Genf wird Dr. Stresemann wahrscheinlich noch einmal nach Berlin zurückkehren, um mit dem Berliner Kabinett zu konferieren.

Für Aufhebung des Sichtvermerks.

Die Verhandlungen mit England über die Aufhebung des Sichtvermerkzwanges sind soweit gediehen, daß mit einem aussichtsreichen Abschluß zu rechnen ist. Weiterhin sind in der letzten Zeit mit Luxemburg und Portugal Verträge über die Aufhebung des Sichtvermerkzwanges zum Abschluß gebracht worden. Das Auswärtige Amt ist auch weiter bemüht, einen völligen Abbau der Paßmauern herbeizuführen, und ist zu diesem Zweck neuerdings mit einer Anzahl fremder Staaten in Fühlung getreten.

Mieterhöhung in Bayern zum 1. April.

Im Bayerischen Landtag teilte der Sozialminister Oswald mit, daß eine mäßige Erhöhung der Wohnungsmieten ab April sich nicht werde vermeiden lassen. Man hofft, daß die Schlichtungsbehörden in München durch Angleichung der Löhne an die durch die erhöhten Wohnungsmieten verteuerten Lebenshaltungskosten der Mieterhöhung nach Möglichkeit Rechnung tragen werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Sozialdemokraten haben einen Antrag eingebracht, wonach für die Zeit vom 1. Februar bis 30. Juni der Roggenzoll suspendiert werden soll.

Breslau. Im Oberpräsidium fand unter dem Vorsitz des brandenburgischen Oberpräsidenten, Dr. Maier, eine Sitzung des Schiedsgerichts für die Auseinandersetzung der Provinzen Ober- und Niederschlesien statt. Beschlüsse wurden über die Satzungen für die neue niederschlesische Feuersozietät und über die beiden getrennten Landesversicherungsanstalten gefaßt.

Heydekrug. Wie die „Memelländische Rundschau“ erfährt, hat das Landesdirektorium im Kreise Heydekrug zwei Lehrern, die für Deutschland optiert haben, den Dienst gekündigt. Auch in anderen Kreisen sollen Kündigungen ausgesprochen worden sein.

Washington. Der Finanzausschuß des Senats hat die Vorlage über die Rückgabe des ehemals feindlichen Eigentums in ihrer vollständig umgearbeiteten Form angenommen.

Heerschau der deutschen Landwirtschaft

7. Reichslandbundtag.

Berlin, 2. Februar.

Die Reichslandbundtage sind von jeher Heerschauen des deutschen Landvolkes gewesen, ein gewaltiges Symbol der Geschlossenheit der Landwirtschaft in allen ihren Zweigen. Der heutige 7. Reichslandbundtag, verbunden mit dem Brandenburgischen Landbundtag, in Berlin brachte erneut den Beweis, daß sich das deutsche Landvolk der Notwendigkeit dieser Geschlossenheit als des Quells seiner Kraft bewußt ist. Über 12 000 Landleute waren dem Rufe ihrer Führer gefolgt und füllten den Riesenraum der alten Autohalle bis auf den letzten Platz. Nach dem Einmarsch der Fahnen der Landbundarbeiter und Junglandbündler hielt

der Präsident des Reichslandbundes, Graf Kalckreuth,

oft von tosendem Beifall unterbrochen, die Eröffnungsrede. Er betonte, daß die Erkenntnis der Bedeutung der Landwirtschaft bei den anderen Berufsständen sich in steigendem Maße durchsetze. Dieser Erkenntnis müsse aber auch der Mut zu den entsprechenden Taten folgen. So müsse unter allen Umständen der im Schwedenvertrag erreichte mäßige Zollschutz auch bei den noch ausstehenden Handelsverträgen durchgehalten werden. Für die Produkte der Viehhaltung sei in dem kommenden Zolltarif ein wesentlich höherer Zollsatz notwendig.

Hierbei werde es sich zeigen, wer wirklich Bauernfreund sei, denn die Viehhaltung sei in erster Linie die Existenzgrundlage des kleinen Landwirts.

Völlig unzureichend sei auch der Schutz des Wein-, Obst- und Gemüsebaues. Als intensivste Form der Landwirtschaft ermögliche er auf kleinstem Raum eine selbständige Existenz. Das sei volkswirtschaftlich bei der Raumenge des deutschen Volkes von außerordentlicher Bedeutung. Der Redner wandte sich darauf der Ausgabenseite der Landwirtschaft zu und wies zunächst auf das Konto der Löhne und sozialen Lasten hin, die 50 bzw. 200 % über dem Vorkriegsstand lägen. Nennenswerte Lohnabstriche seien unmöglich, da sie bei der Höhe der Industriearbeiterlöhne sozial ungerecht und durch ihren Anreiz zur Landflucht volkswirtschaftlich schädlich seien. Die Mehrkosten der sozialen Versicherungen ständen in einem höchst unbefriedigenden Verhältnis zu dem, was sie an wirklich Bedürftige leisteten. Andererseits drohten sie, ein gefährliches Staatsrentnertum großzuziehen, wie überhaupt der Staat die Tendenz fördere und sogar steuerlich begünstige, den einzelnen aus dem werteschaffenden Arbeitsprozeß auszuschalten und seine Existenz auf Rentenbezug und Kapitalzins zu gründen. So sei das Grundvermögen neben der Vermögenssteuer mit unerträglich hohen Realsteuern für Länder und Gemeinden belastet, während das arbeitslos gewinnbringende mobile Vermögen davon völlig frei sei. Zum Schluß wies der Redner auf die große Entscheidung hin, vor die das deutsche Volk gestellt sei:

entweder den Weg über die Schaffung der Nahrungsfreiheit aufwärts zur politischen Freiheit oder den zu einer Ausbeutungskolonie internationalen Großkapitals zu gehen.

Nachdem sich der brausende Beifall gelegt hatte, erhob sich

Reichsernährungsminister Schiele,

um die Grüße des Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg zu überbringen. Er betonte, daß er es als seine Hauptaufgabe betrachte, die Anerkennung der Landwirtschaft auch in der Gesamtpolitik durchzusetzen; denn der Erfolg jeder Politik sei auf die Dauer abhängig von einer starken Innenwirtschaft.

Die Versammlung dankte für die Grüße des Reichspräsidenten, indem sie sich mit jubelndem Beifall erhob.

Der Wille zu zielbewußter Geschlossenheit fand seinen packenden Ausdruck in der Rede des brandenburgischen Bauernführers Landtagsabgeordneten Gauger, der nach der Begrüßungsansprache des Ersten Vorsitzenden des Brandenburgischen Landbundes, Rittergutsbesitzers Nicolas, das Wort ergriff. Die Bauernschaft bis zu den kleinsten Existenzen sei stets Rückgrat und Hauptbestandteil des Landbundes gewesen.

Durch den Bund sei die deutsche Bauernschaft zu politischem Selbstbewußtsein erweckt worden. Der Bauer sei mündig geworden im letzten Jahrzehnt und fest entschlossen, sein Schicksal selbst zu gestalten.

Für die Brandenburgische Landwirtschaftskammer sprach der Kammerpräsident, Rittergutsbesitzer von Oppen-Dannenwalde.

Für den Reichslandarbeiterbund redete Reichstagsabgeordneter Giese. Die deutsche Landwirtschaft werde nur dann blühen und gedeihen, wenn ihr die organische Eingliederung der Landarbeiterschaft gelänge. Die Schlußrede hielt der

Präsident des Reichslandbundes, Reichstagsabg. Hepp.

Einleitend wies er auf die immer drohender werdende Entrechtungsgefahr für den privaten, besonders auch den ländlichen Besitz hin. Das geplante Wohnheimstättengesetz sowie das preußische Städtebaugesetz seien nicht nur wegen der Eingriffe in das Eigentumsrecht, sondern auch wegen der drohenden Vernichtung des Realkredits für den städtischen und ländlichen Besitz entschieden abzulehnen.

Es müsse künftig zu einer klaren Teilung der Aufgaben zwischen Staat und Wirtschaft sowie der zwischen Reich, Ländern und Gemeinden und damit zu einer wahrhaft produktiven Gestaltung der gesamten öffentlichen Hand kommen.

Bei dem Bewilligungseifer der heutigen Parlamente sei eine Selbstbeschränkung des Parlaments nach englischem Brauch und eine Stärkung der Stellung des Reichsfinanzministers durch Schaffung eines Vetorechtes und besonderen Etatskontrollrechtes notwendig. Nachdrücklich unterstrich der Redner die früheren Forderungen des Reichslandbundes nach Erweiterung der Rechte des Reichspräsidenten und Ausbau des Reichswirtschaftsrates. Er begrüßte die Bildung einer staatsbürgerlichen Mehrheitsregierung. Auch müsse immer wieder die

Revision der Dawes-Verpflichtungen

gefordert werden, um so mehr, da es heute bewiesen sei, daß die Grundlage des Dawes-Planes, eine deutsche Überschußwirtschaft, nicht vorhanden sei. Der Reichslandbund habe sich stets zu einer nationalen Wirtschaftsordnung bekannt. Er wisse sich hierin eins mit weitesten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft, die ebenso volksgebunden sei wie die deutsche Landwirtschaft.

Sie alle, Landwirtschaft, nationales Unternehmertum und deutschbewußte Arbeiterschaft, vereine das Bekenntnis zu gemeinsamem Volkstum, das in Zeiten größter Not erst recht den Kopf emporrecke, mit dem zersetzenden Klassen- und Ständekampf breche und sich zum Gedanken der Wehrhaftigkeit, zum deutschen Staate bekenne, in dem Bewußtsein: Unser gemeinsamer Acker ist Deutschland.

Unter brausendem Beifall erhob sich nach der Rede die Versammlung und stimmte als Antwort auf diesen Appell das Deutschlandlied an.

Herabsetzung der Telephongebühren?

Entwurf einer neuen Fernsprechordnung.

Der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost hat den Entwurf einer neuen Fernsprechordnung eingehend behandelt und nach Abwägung aller Gründe für und wider beschlossen, der Vollversammlung des Verwaltungsrats folgende Regelung der Gebühren für den Fernsprechortsverkehr vorzuschlagen: Die Grundgebühr für die Bereitstellung des Fernsprechanschlusses soll statt 5 bis 12 Mark, wie der Entwurf der Verwaltung vorsieht, 3 bis 9 Mark monatlich betragen. Die Ortsgesprächgebühr soll je nach dem Verkehrsumfang auf 10, 9 und 8 Pfg. bemessen werden, mindestens haben die Teilnehmer 20 bis 40 Ortsgespräche im Monat zu bezahlen. Der Vorschlag bedeutet gegenüber der Verwaltungsvorlage ein erhebliches Entgegenkommen gegenüber den Wenigsprechern und gleichzeitig gegenüber der derzeitigen Gebührenregelung auch eine fühlbare Erleichterung für die Vielsprecher.

Die Fernsprechgebühren für Entfernungen zwischen 15 und 75 Kilometer sollen von 45, 90 und 120 Pfg. auf 40, 60 und 90 Pfg. ermäßigt werden. Die Gebühr für Ferngespräche, die die Dauer von 3 Minuten übersteigen, wird allgemein nach Einzelminuten berechnet werden. In der Zeit von 7 Uhr abends bis 8 Uhr früh sollen im Fernverkehr nur zwei Drittel der Tagessätze erhoben werden. Im Sprechverkehr der Großstädte mit den benachbaten Ortsnetzen sind erhebliche Gebührenermäßigungen beabsichtigt. Herabgesetzt werden ferner die meisten Sätze der Einrichtungsgebühren, die Gebühren für das Herbeirufen von Personen, für die Voranmeldung und eine Reihe anderer Gebühren. Die Gebühr für die Benutzung der Münzfernsprecher soll 10 Pfg. betragen, so daß die besonderen Wertmarken zu 15 Pfg. wegfallen können. Die Vollversammlung des Verwaltungsrats wird in der nächsten Woche zusammentreten.

Elsaß-lothringische Forderungen.

Eine Abordnung bei Poincaré.

Wie der „Matin“ zu berichten weiß, sind mehrere elsaß-lothringische Abgeordnete bei Ministerpräsident Poincaré vorstellig geworden. Die Wortführer forderten die Zweisprachigkeit in Schule, Rechtsprechung und Verwaltung und machten insbesondere auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die sich aus der ausschließlichen Verwendung des Französischen, vor allem bei Gerichtsverhandlungen, und aus der Unkenntnis der deutschen Sprache auf seiten der Richter ergeben.

Poincaré soll nach dem „Matin“ die Begründung der Forderungen nicht bestritten haben und geneigt sein, ihnen eventuell Rechnung zu tragen. Im übrigen habe er erklärt, daß hinsichtlich der Konfessionsfrage in der Schule keine Änderung am jetzigen Zustand geplant sei. Was die Strafmaßnahmen gegen die Unterzeichner des Heimatbundmanifestes betreffe, so habe er sich bereits an die Prüfung der einzelnen Fälle gemacht, um eine beruhigende und loyale Lösung zu finden.

Kanton verhandlungsbereit.

Aber erst Rückzug der englischen Truppen.

Wie „Associated Preß“ aus Hankau meldet, hat die Kantonregierung amtlich ihre Bereitwilligkeit erklärt, einen neuen Vertrag mit Großbritannien zu unterzeichnen, sobald die britischen Truppen aus Schanghai zurückgezogen sind.

Der Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ in Schanghai meldet, die Entlassung des britischen Generalinspektors habe einen tiefen Eindruck gemacht. Ausländische und einheimische Bonds, die durch die Zolleinnahmen garantiert seien, hätten einen bemerkenswerten Rückgang erlitten und die ausländischen Wechselkurse hätten auch beträchtliche Erregung gezeigt.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 3. Februar 1927.

□ **Steuerermäßigung durch Erhöhung der steuerfreien Beträge.** Mit dem 1. Januar 1927 sind die Bestimmungen des Gesetzes über die Vereinfachung der Lohnsteuer vom 26. Februar 1926 in Kraft getreten, nach denen Anträge auf Erhöhung der Abzüge nur noch gestellt werden können, wenn die tatsächlichen Aufwendungen für Werbungskosten und Sonderleistungen zusammen den Betrag von 40 Mark monatlich übersteigen. Die Pauschalbeträge von 20 und 20 Mark werden also nicht mehr als selbständige Posten behandelt derart, daß schon die Überschreitung eines dieser Beträge eine Erhöhung rechtfertigte, sondern eine Erhöhung kann mit Aussicht auf Erfolg nur noch beantragt werden, wenn Sonderleistungen und Werbungskosten zusammen den Pauschalbetrag von 40 Mark übersteigen. Es mag zugegeben werden, daß darin eine gewisse Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Rechtszustande liegt, von einem Unrecht wird aber kaum gesprochen werden können, nachdem es doch der Zweck der Pauschalbeträge ist, die tatsächlichen unter die Begriffe „Werbungskosten“ und „Sonderleistungen“ fallenden Ausgaben zu berücksichtigen. Zu den Werbungskosten gehören vor allem die unvermeidlichen Fahrtkosten von und zur Arbeitsstelle, unter Umständen auch die Kosten für besondere Berufskleidung, Werkzeuge usw., während unter den Begriff „Sonderleistungen“ sämtliche Aufwendungen für die Sozialversicherung fallen, ferner Lebensversicherungsprämien, Kirchensteuern, Gewerkschaftsbeiträge, Aufwendungen für die Fortbildung und dergleichen. Soweit alle diese Ausgaben den Betrag von 40 Mark übersteigen, sind die Voraussetzungen für einen Antrag auf Erhöhung gegeben.

□ **Neue Luftpostgebühren.** Künftig werden für Luftpostpakete neben den gewöhnlichen Gebühren folgende ermäßigte Luftpostzuschläge erhoben: 1. Nach dem Inlande, nach Danzig und nach Österreich für Pakete bis 1 Kilogramm 1,60 M., darüber für jedes angefangene halbe Kilogramm 40 Pf. 2. Nach dem Auslande, wenn nicht andere besonders veröffentlichte Gebühren gelten, für Pakete bis 1 Kilogramm 2,40 M., darüber für jedes angefangene halbe Kilogramm 60 Pf Die Höchstausdehnung für Luftpostpakete, die bisher in keiner Richtung 60 Zentimeter überschreiten durften, beträgt fortan 50:50:100 Zentimeter, soweit nicht nach einzelnen fremden Ländern oder auf einzelnen Luftpostlinien Ausnahmen bestehen.

—* **Der Stand der Ennepetalsperre** stellte sich Samstag früh auf 7 126000 Kubikmeter, der Abfluß am Freitag betrug 44 000 Kubikmeter, die Regenhöhe am Freitag 0,0 Millimeter.

—x **Schalksmühle,** 3. Febr. Sauerl. Gebirgsverein. Auf Veranlassung der Abteilung Lüdenscheid tagte am Sonnabend in Schalksmühle eine Bezirksversammlung des Volmebezirkes im S. G. V., die rege besucht war. Vertreten waren die Abteilungen Dahl, Dahlerbrück, Kierspe, Lüdenscheid, Oberbrügge, Rummenohl und Schalksmühle. Die letztere hatte sich im vorigen Jahre aufgelöst und so war es erste Aufgabe, die Abteilung neu aufleben zu lassen. Die anwesenden 3 Damen und 3 Herren übernahmen dann diese Aufgabe und wurde dadurch für die Abteilung Schalksmühle ein neuer Grund gelegt. Hoffentlich finden sich alle alten Mitglieder im Interesse der Sache wieder zusammen. Es galt sodann für den Bezirk, der seit einigen Jahren verwaist war, einen neuen Vorsitzenden und Vorstand zu wählen, um die Belange des Bezirkes zu vertreten. Es wurde gewählt als Bezirksvorsitzender Herr Lehrer Oswald Kahl, Lüdenscheid als Bezirksschriftführer und Kassierer Herr Ernst Gloerfeld Lüdenscheid; eine Erweiterung erfährt der Vorstand durch je 1 Beisitzer der übrigen 6 anwesenden Abteilungen. Die nächste Bezirksversammlung ist am 12. März 1927 nachm. 1/25 Uhr in Dahlerbrück. An Veranstaltungen wurden vorgeschlagen ein gemeinsames Wandern zum Ehrenmal am 15. Mai 1927 und ein Sommerfest im Juli 1927 in Rummenohl. Bei dieser Gelegenheit wäre zu wünschen, daß es sich jeder Sauerländer zur Ehrenpflicht machen müßte, einer derartigen Sache durch Beitritt zu einer Abteilung zu dienen, zumal der Beitrag gering ist. Frisch auf!

* **Dahlerbrück,** 3. Febr. Die letzten größeren Brände hier im Feuerwehrbezirk Dahlerbrück haben gezeigt, daß die Wehr mit ihren 2 Handspritzen nicht mehr auskommt. Sie will daher eine Motorspritze anschaffen. Zu diesem Zwecke will die Firma Meyer, Hagen am kommenden Sonnabend nachmittag 2 Uhr eine Motorspritze vorführen.

Lüdenscheid, 3. Febr. Einrichtung einer Eheberatungsstelle Der Preußische Volkswohlfahrtsminister hat mit Erlaß vom 19. 2. 26 die Einrichtung ärztlich geleiteter Eheberatungsstellen, wie sie bereits in einigen größeren Städten bestehen, auch für die übrigen Städte und Landkreise dringend empfohlen. Dieser Empfehlung hat sich der preußische Landesgesundheitsrat unter Aufstellung von Leitsätzen für den Gang der ärztlichen Eheberatung und eines Entwurfes für das ärztliche Heiratszeugnis angeschlossen. Dieser Empfehlung folgend hat der hiesige Magistrat beschlossen, auch für die Stadt Lüdenscheid eine Eheberatungsstelle versuchsweise einzurichten. Für die Ausübung der Eheberatung ist im Einvernehmen mit dem hiesigen Aerzteverein Herr Dr. med. Hueck gewonnen worden. Die Inanspruchnahme des Eheberaters ist freiwillig und vollständig kostenlos für die Ratsuchenden. Ob später auch andere Aerzte an der Eheberatung zu beteiligen sind, wird hauptsächlich von dem Umfang der Inanspruchnahme der Eheberatung abhängen. Im Falle der Angehung des Eheberaters empfiehlt sich vorherige telefonische Anmeldung, damit ein Beratungstermin vereinbart werden kann und längeres Warten in der Sprechstunde vermieden wird.

Meinerzhagen, 2. Febr. Der Gildensaal, unser einziger größerer Festsaal am Platze soll in allernächster Zeit durch Umbau vergrößert und verschönert werden. Der Saal wird dann etwa 100 Sitzplätze mehr erhalten. Auch der Bühnenraum, die Schenke usw. werden zweckentsprechender eingerichtet und modernisiert.

Ohligs, 1. Febr. Hier starb im Alter von 78 Jahren der Messerschlägereibesitzer Louis Rauh, der erste Verwundete des Feldzuges 1870-71 aus dem Gebiete des damaligen Gräfrather Bezirkskommandos. In Anerken-

nung seiner Tapferkeit erhielt Rauh vom alten Kaiser Wilhelm I. vor annähernd 45 Jahren eine Trompete, die es ihm ermöglichte, seine Liebhaberei, unbeschadet seines verletzten und dadurch steif gewordenen Armes nachzugehen.

Vollsitzung der Industrie- und Handelskammer zu Lüdenscheid.

Fortsetzung.

= **Lüdenscheid,** den 25. Januar 1927.

In **Ringschrauben, Schraub-, Stift- und Sturmhaken, Splinten und verwandten Artikeln** konnten die meisten Betriebe, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, aufrecht erhalten werden. Die Herstellung einzelner Artikel erfuhr aber auch hier periodisch, teilweise — z. B. bei Splinten — dauernd eine starke Einschränkung. Dieser im hiesigen Bezirk viel hergestellte Artikel wird zu Preisen verkauft, die in sehr vielen Fällen kaum mehr als das Rohmaterial bezahlt machen. Versuche, die früher gehabte und notwendige Preisvereinigung zustandezubringen, erscheinen angesichts der sehr vielen Fabriken leider ganz aussichtslos. — Das Hauptabsatzgebiet der genannten Artikel bildete wiederum das Inland; dabei gingen auch Lieferungen in die meisten europäischen Staaten sowie durch Hamburger und Bremer Exporteure nach Uebersee. Der Export nach den Inflationsländern schied fast ganz aus, in Italien und Spanien entstanden neue Fabriken. — Die Drahtwarenpreise für das Inland waren teilweise durch eine Vereinigung festgelegt. Die Verhältnisse waren relativ zufriedenstellend, d. h. die Vereinigung arbeitete so, wie lose Vereinigungen dieser Art in Zeiten schlechter Beschäftigung zu arbeiten pflegen. Aber auch da zeigte sich, daß eine Vereinigung mit all den bekannten Mängeln immer noch besser ist, als ein wilder Preiskampf unter den Fabrikanten, der in kurzer Zeit unweigerlich zum Ruin des Artikels führen muß. Die Exportpreise lagen und liegen in den meisten Absatzgebieten sehr niedrig. Der vielfach niedrige Beschäftigungsgrad brachte im Export einen besonders scharfen Wettbewerb, der natürlich ebenfalls einen ungünstigen Einfluß auf die Preise hatte. Auch in dieser Branche wollten Fabrikanten in zahlreichen Fällen nicht zu der Ueberzeugung kommen, daß die Nachfrage durch Preisunterbietungen nicht erhöht werden kann. Der Artikel **Holzschrauben** lag völlig darnieder; es wurde stark verkürzt und meist nur mit der Hälfte des Maschinenparks gearbeitet. Soweit überhaupt Inlandsbedarf vorhanden war, fiel er zu einem erheblichen Teile den Fabriken zu, die außerhalb des Verbandes standen und dessen Preise unterboten. Die Exportmöglichkeiten für Holzschrauben waren stark begrenzt. Gegen die Industrie der Inflationsländer, der Skandinavischen Staaten und vor allem Amerikas, war nicht zu konkurrieren. Besonders die Vereinigten Staaten traten als schärfster Konkurrent in China, Japan und Südamerika auf. Ihr Monopol im eigenen Lande gibt ihnen die Möglichkeit, die Inlandpreise so hoch zu halten, daß auch trotz verlustbringenden Auslandspreisen noch immer gut verdient wird. Dazu kommt noch erschwerend, daß die deutsche Ware infolge des Schunds, der in den ersten Nachkriegsjahren teilweise exportiert wurde, stark in Mißkredit geraten ist. Die dadurch entstandenen Vorurteile, besonders bei den Südamerikanern, sind nur langsam auszumerzen. Der Versuch, innerhalb der Holzschraubenindustrie eine internationale Verständigung herbeizuführen, scheiterte an der Weigerung eines europäischen Staates und vor allem der Vereinigten Staaten, ein derartiges Abkommen mitzumachen. Seit Anfang November hat sich mit der Besserung der allgemeinen Lage auch die Beschäftigung in Holzschrauben gehoben.

Die in unserem Bericht für das Jahr 1925 ausgesprochene Befürchtung, daß in nächster Zeit eine Verschlechterung des Geschäftsganges für die **Metallknopf-Industrie** zu erwarten sei, hat sich leider bestätigt. Das Wirtschaftsjahr 1926 war für diesen Geschäftszweig durchaus ungünstig, sowohl hinsichtlich der Beschäftigung wie auch der Preise und damit auch des Ergebnisses. Der Inlandsbedarf an Uniformknöpfen ist für die vorhandene große Zahl von Knopffabriken zu gering und ist daher ein überaus scharfer Wettbewerb in den Preisen vorhanden, sobald es sich um die Vergebung eines etwas größeren Bedarfs handelt. Im Exportgeschäft war trotz aller Anstrengungen nicht gegen die unterbietende Konkurrenz der Tschechoslowakei, in Frankreich und in Italien anzukommen bezw. nur mit Verlust bringenden Preisen. Die genannten drei Länder bilden für die gesamte Metallknopf-Industrie eine überaus schlimme Konkurrenz. Wie schlecht der Geschäftsgang in der Uniformknopfindustrie im Jahre 1926 war, erhellt am besten daraus, daß zwei sehr alte Firmen ihren Betrieb stilllegen mußten, zwei andere Firmen unter Geschäftsaufsicht kamen, bezw. in Konkurs gerieten und fast sämtliche Betriebe längere Zeit nur in verkürzter Arbeitszeit die Belegschaft beschäftigen konnten. Eine Besserung für die Knopf-Industrie kann nur kommen, wenn wieder exportiert werden kann, und das ist erst möglich, wenn sich die Valuten der hauptsächlichsten Konkurrenzländer wesentlich steigern und die Zollverhältnisse endlich zu einem guten Abschluß gelangen, sodaß wir in den Zollsätzen nicht schlechter behandelt werden wie unsere Konkurrenzstaaten. Bezifferte sich die Ausfuhr dieser Fachgruppe im Jahre 1913 durchschnittlich auf etwa 60 bis 70 % der gesamten Produktion, während sie heute nur etwa 15 % beträgt, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß sich die Produktionsmenge seit 1913 um 60 bis 65 % verringert hat. Ein Export ist zur Zeit nur noch in Spezialitäten möglich.

Fortsetzung folgt.

Schlußdienst.

Vermischte Drahtnachrichten vom 2. Februar.

Halbmast für den verstorbenen Kaiser von Japan.

Berlin. Am 7. und 8. Februar werden anläßlich der Beerdigungsfeierlichkeiten für den Kaiser von Japan das Palais des Reichspräsidenten, die Reichskanzlei und die Reichsministerien halbmast flaggen. Am 7. Februar setzt die Reichsmarine die Flaggen auf Halbstock.

Aufklärung eines Mordes.

Bautzen. Der Mord an dem 73 Jahre alten Rentner und Händler August Jäger in Neukirch (Lausitz) hat durch die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Bautzen und der Kriminalabteilung Bautzen eine Aufklärung gefunden. Die Ermittlungen der Gendarmerie führten bald zur Verhaftung des in Neukirch wohnhaften 38 Jahre alten Töpfers Rudolf Weiß, der gestand, von Jäger bei einem Einbruch überrascht worden zu sein. Bei dem sich entspinnenden Kampf hat er den alten Mann erwürgt und in die vorüberfließende Wemenitz geworfen.

Verbannung wegen Spritschmuggels.

Memel. Nach einer Meldung des „Memeler Dampfboots" hat der Kommandant der Memelländischen Kriegskommandantur die memelländischen Staatsangehörigen Wilhelm Bley, Johann Tydecks und Richard Schaak wegen Spritschmuggels aus dem Memelgebiet ausgewiesen und nach dem Bezirk Telschi in Litauen verbannt. Bley und Schaak werden außerdem beschuldigt, im Oktober v. J. von ihrem Schmugglerboot aus zusammen mit der Bootsmannschaft zwei litauische Polizeiboote beschossen zu haben, wobei der Führer des einen Bootes schwer verwundet worden war.

Die polnische Agrarreform in Pommerellen.

Warschau. Minister für Agrarreform Staniewicz hielt in Graudenz bei einem Essen anläßlich der Eröffnung der dortigen Zweigstelle der Landwirtschaftsbank eine Rede, in der er hervorhob, daß die Durchführung der Agrarreform in Pommerellen eine staatliche Notwendigkeit sei. Wie die Ostagentur meldet, kündigte der Minister bei dieser Gelegenheit an, daß in Pommerellen insgesamt 130 000 Hektar parzelliert werden würden, hiervon 84 000 deutscher und 46 000 Hektar polnischer Besitz. Die stärkere Heranziehung der deutschen Güter erklärte der Minister damit, daß diese im allgemeinen in Gegenden höherer landwirtschaftlicher Kultur gelegen seien und außerdem über beste Verkehrsverbindungen verfügten. Jedenfalls lasse sich bei der Bodenparzellierung Polen nur von rein wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten leiten.

Die Vereinigten Staaten und Nikaragua.

Washington. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat dem Führer der Liberalen in Nikaragua, Sacasa, mitgeteilt, sie würde ihn nicht anerkennen, selbst wenn es ihm gelänge, das ganze Land zu unterwerfen. Der konservative Präsident, Diaz, werde bis zu den Wahlen des nächsten Jahres als rechtmäßiger Präsident anerkannt bleiben.

Hauswirtschaftliches.

Ein Kochbuch umsonst!

Zu einer erfolgreichen Brotella-Kur gegen Stuhlverstopfung gehört das Brotella-Kochbuch. Dieser wertvolle Ratgeber für die Gesundheit enthält ca. 100 mit je 50 Mark prämierte Kochrezepte dankbarer Brotella-Verbraucher, außerdem einen Anhang Dankbüchlein voll herzerfrischender Begeisterung.

In der Zeit vom 3.—10. Februar wird dieses Kochbuch, das sonst 25 Pfg. kostet, in allen Apotheken, Drogerien und Reformhäusern Deutschlands kostenfrei abgegeben. Man greife zu, solange der Vorrat reicht.

Ein Großstadtbild

in einem Ausmaß, wie es sehenswerter an den größten Plätzen des Reiches nicht geboten werden kann, zeigt die Firma **Gebrüder Alsberg, Hagen** während ihrer **„Weißen Woche"**, welche am Montag, den 31. 1. ihren Anfang genommen hat.

Vor mehr als 20 Jahren wurde die „Weiße Woche" von der Firma Gebrüder Alsberg, Hagen, mit an erster Stelle in Deutschland, auch in unserer Stadt eingeführt.

Seit dieser Zeit ist die „Weiße Woche" die größte und volkstümlichste Veranstaltung des ganzen Jahres dieses modernen Kaufhauses geworden.

Von Jahr zu Jahr hat dieser umfangreiche Sonderverkauf in allen weißen Waren mehr an Beliebtheit in weiten Käuferkreisen gewonnen.

In unzähligen Familien weit und breit ist es Brauch geworden, den Bedarf an weißen Waren usw. in **Alsbergs „Weißen Woche"** zu kaufen.

Durch die erneute bedeutende Vergrößerung des Alsberg-Konzern steht dieser mit seinen mehr als **60 führenden deutschen Kaufhäusern** heute in Deutschland in der Textilwelt mit an erster Stelle. Die sich aus diesem Zusammenschluß ergebende gewaltige Macht des Riesen-Konsums ermöglicht der Firma Gebr. Alsberg, Hagen eine überragende Leistungsfähigkeit in Bezug auf Auswahl, Qualitäten und unübertroffenen billigen Preisen. Hier wird wirklich in hervorragender Weise Dienst am kaufenden Publikum geleistet.

Seit Monaten hat die Firma Gebr. Alsberg, Hagen für die „Weiße Woche" umfassende und gründliche Vorbereitungen getroffen. Tausende Kunden haben die „Weiße Woche" in den ersten Tagen besucht und waren außerordentlich überrascht und befriedigt von dem Gebotenen. Sehenswert ist die interessante Innendekoration und kann ein Besuch dieser Veranstaltung nur empfohlen werden. Wieder einmal hat die Firma Gebr. Alsberg, Hagen den Beweis erbracht, daß Haus **Alsberg** in jeder Hinsicht Anspruch erheben kann, auf allen Gebieten des modernen Kaufhauses führend zu sein.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Brotella-Darm-Diät

(34)



Stuhlverstopfung

ist das Ende einer langen Kette von Magen-Darm-Verdauungs-Störungen von Kindesbeinen an; — sie ist die Folge einer falschen Ernährung, die die große Wichtigkeit der Darmpflege für unsere Gesundheit mißachtet. Dem Darm fehlen die Naturkräfte unserer täglichen Nahrung, und was dem Darm fehlt, das fehlt dem ganzen Körper. Daher haben Darmträgheit und Stuhlverstopfung so viele Krankheiten im Gefolge.

Brotella

nach **Professor Dr. Gewecke**

bringt neues Leben in den trägen Darm! Darin liegt der Unterschied zwischen Brotella und dem schädlichen Abtührmittel. Brotella ist Spezialdiät für den Darm, ist Universaldiät für den ganzen Körper, ist die kommende deutsche Volksdiät zur Korrektur unserer falschen, krank machenden Ernährung. — Brotella ist zugleich ein wundervoll schmeckendes, billiges, nahrhaftes, Magen und Darm verjüngendes Frühstück und Abendessen.

Wir unterscheiden:

für den Allgemeingebrauch:

1. **Brotella-mild** (Magen-Suppe) für alle Fälle von Magen-Darmstörungen, Verdauungsschwäche, leichte Verstopfung und für Kinder über 4 Jahren . . Pfd. Mk. 1.40
2. **Brotella-stark** (Darm-Suppe) b. chronischer (habitueller) Stuhlverstopfung . . . . . „ „ 2.00

für den Spezialgebrauch:

3. **Brotella für Korpulente,** bei Stuhlverstopfung und Fettsucht . . . . . „ „ 3.50
4. **Brotella für Diabetiker,** bei Stuhlverstopfung und Zuckerkrankheit . . . . . „ „ 3.50
5. **Brotella für Nervöse,** bei Stuhlverstopfung und Nervenleiden . . . . . „ „ 3.50
6. **Brotella für Blutarme,** bei Stuhlverstopfung und Blutarmut . . . . . „ „ 2.50
7. **Brotella für Kinder,** Spezial-mild-Brotella für Kinder unter 4 Jahren . . . . . „ „ 1.60

Literatur und Brotella-Kochbuch kostenfrei.

Alles in Apotheken, Drogerien, Reformhäusern erhältlich.

Wilhelm Hiller, Chem. u. Nahrungsmittel-Fabrik, Hannover.

Statt besonderer Anzeige.



Nach arbeitsreichem Leben entschlief sanft heute abend 7½ Uhr infolge Lungenentzündung mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Grossvater, der Rentner

Wilhelm Heukelbach

im Alter von beinahe 75 Jahren.

Mit der Bitte um stille Teilnahme

Anna Heukelbach geb. Enneper
Arthur Heesemann u. Frau Maria geb. Heukelbach
Willy Heukelbach u. Frau Irma geb. Koch
und 7 Enkelkinder.

Anklam, Friedländer Landstr. 22, und Berlin-Dahlem, Altensteinstr. 44 b, den 31. Januar 1927.

Die Beerdigung findet statt Freitag, den 4. Februar, nachm. 3 Uhr vom Trauerhause aus. Trauerfeier ½ Stunde vorher.

Ich empfehle meine

Spezial-Abteilung für Betten

eigener Anfertigung.

Fertige
Kopf-Kissen, Ober- u. Unterbetten
Kinderbetten u. Plümeaux
Gänse Rupf-Federn
Halbdaunen und Daunen,
Säureechte und türkischrote
Federdichte Inlets.
Alpengras und Kapoc-Matratzen

Reform-Unterbetten
weiß lackierte Eisen-Bettstellen
Kinderbetten.

Dampf-Bettfedern-Reinigungs-Anlage
mit elektrischem Betrieb.

Durch langjährige Erfahrung auf dem Gebiet der Betten-Ausstattung habe ich mir das Vertrauen meiner Kundschaft erworben, und bürge ich für fachmännische reelle Bedienung.

Aug. Vollmerhaus,
Kierspe-Bahnhof.

Sämtl. Drucksachen

von

Adreßkarten
Briefbogen
Couverts
Danksagungen
Einladungen
Flugblätter
Geschäftskarten
Hochzeitszeitungen
Kataloge
Lohntüten
Milchscheine
Plakate
Quittungen
Rechnungen
Satzungen
Traueranzeigen
Umschläge
Visitenkarten
Weinkarten
bis **Zirkulare**
Zahlkarten

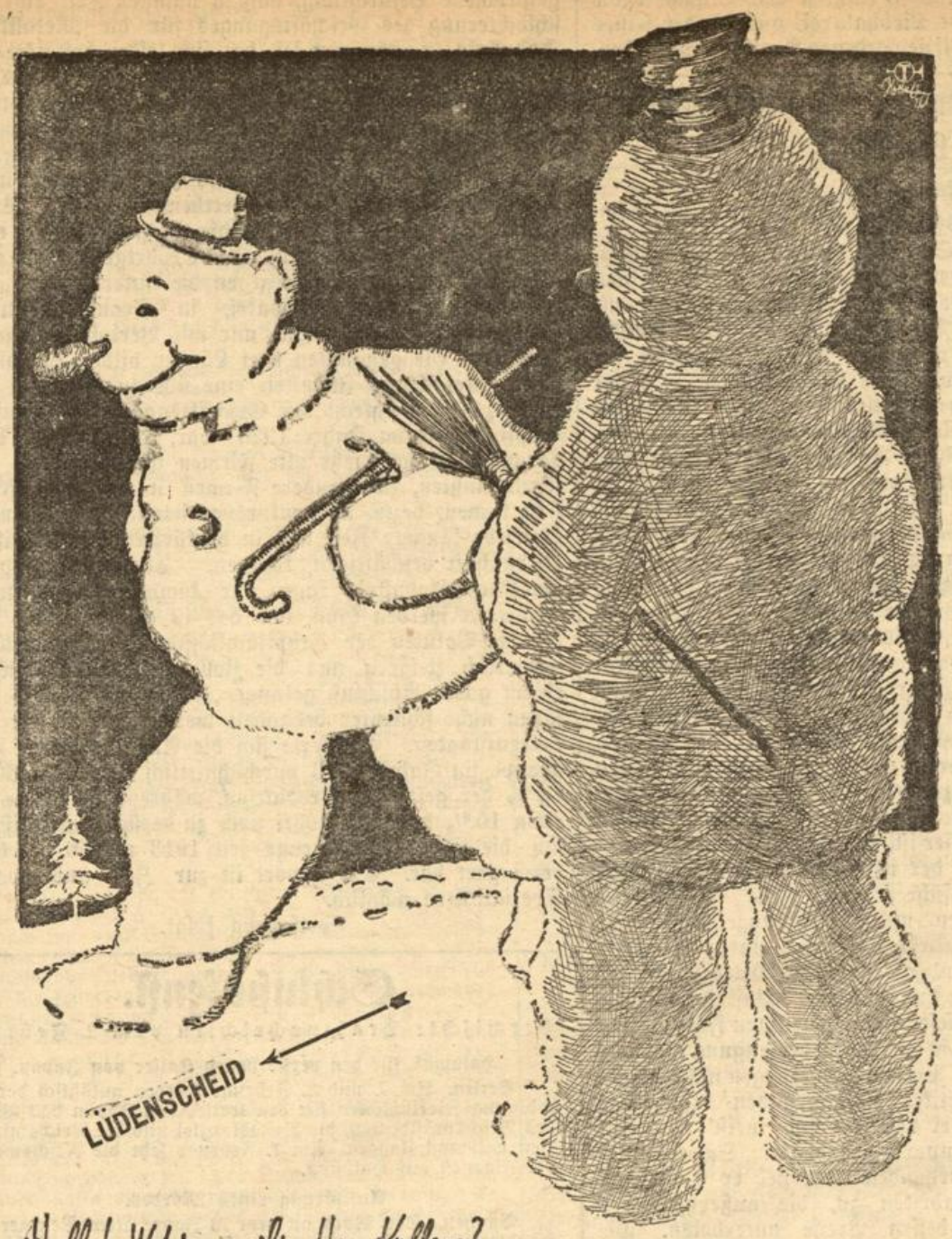
Clichès stelle ich aus meinem sehr großen Vorrat kostenlos zur Verfügung.

Liefere in sauberer Ausführg. Schwarz-Bunt- und Kopierdruck.

werden in sauberer und geschmackvoller Ausführung schnell und billig angefertigt in der

Buch- und Kunstdruckerei
Wilh. Bell jr., Halver i. W.

Fernruf 42. **Fernruf 42.**



Hallo! - Wohin so eilig Herr Kollege? -
In die „Weiße Woche" bei Tietz! Es werden riesige Vorbereitungen für ein Verkaufs-Ereignis größten Stils getroffen. Morgen erscheinen die ersten Angebote in den Tages-Zeitungen. Natürlich alles wieder bekannt billig. Am Montag um ½9 gehts los. Da muß ich dabei sein!

Vorverkauf findet schon Samstag statt.

Lichtspiele Carlshöhe

Samstag, 5. Febr. abds. 8 Uhr
Sonntag, 6. Fbr. ab nchm ½5 „



Ich hab mein Herz in Heidelberg verloren . .
Ein deutscher Film von Jugend-Liebe und deutscher Poesie in 6 Akten.

Lach Dich gesund! Ein Rezept für griesgrämige Leute, verabreicht in 8 Teelöffeln oder 4 großen Eßlöffeln

---

Bevor Sie

ein Grabdenkmal oder Einfassung **kaufen,**



kommen Sie zu Bildhauer **R. Heinz, Radevormwald**
Kaiserstraße 1.
Großes modernes Lager. **Billigste Preise.**



Beim Einkauf
vergessen Sie nie
Kannegiesser's Kaffee
in ½ Pfd. Pak. aus der
Kaffee-Gross-Rösterei
Robert Kannegiesser,
Barmen
Gegr. 1844

Butterbrotpapier

empfiehlt
Wilh. Bell jr., Halver i. W.

Bei Husten, Heiserkeit, Verschleimung helfen garantiert sofort
Hustobons
(Bonbons) Dose 90 Pfg.
Halversche Med.-Drogerie C. Menke Halver
Drogerie Aug. Cordt, Schalksmühle.

Bettenhaus
ROBERT STERN
Inh. Herm. Behrend -:- **Lüdenscheid**
gegenüber dem Rathause
empfiehlt
ANFERTIGUNG
bester
BETTEN
mit 20-jähriger Garantie.
Waschen u. Reinigen gebrauchter Federn.
Umstopfen kostenlos!



Taschenlampen
Batterien
Birnen
empfiehlt
Wilh. Bell jr., Halver.

Milchversandscheine
mit und ohne Namenaufdruck
liefert schnell und billig
die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Ehrliches, fleißiges
Mädchen
welches zu Hause schlafen kann, **gesucht.**
Zu erfrag. in d. Gschst. d. Allg. Anz. Halver.

Suche für meinen
16-jähr. Sohn
für einige Monate
Landaufenthalt.
Leichte Arbeiten kann derselbe verrichten.
Angebote unt. **T. 85** a. d. Gschst. d. Allg. Anz. Halver erbeten.

Wir nehmen **Bestellungen** auf
hochkeimfähige winterfeste
Kleesaat
entgegen und bitten unsere Genossen ihren Bedarf anzugeben.
Ferner eingetroffen
schw. Ammoniak u. Nitrophoska.
Bäuerl. Bezugs- u. Absatz-Genossenschaft Kierspe-Bhf.

Achtung!
Wer seine
Besitzung
schnell u. gut verkaufen will,
leistungsfähige Käufer vorhanden, der wende sich vertrauensvoll an
W. Schmidt,
Holt b. Kierspe.

Forstpflanzen
Ia prima erstkl. verschulte 3, 4, u. 5-jährige
Tannenpflanzen
mit sehr guter Wurzelqualität gibt äußerst billig ab.
Forstbaumschule
W. Werner,
Kotthausen (nähe Bhf.)
Uebernehme auch gleichzeitig Anpflanzungen mit Garantie fürs Anwachsen.

Einrahmen
von
Bildern, Diplomen usw.
besorgt prompt u. billigst
Großes Rahmenlager.
Wilh. Bell jr.,
Halver.

Hypotheken-Kapitalien
zu 7% Zinsen, 6 direkte Geldgeber, laufende Auszahlung
Bank-Kommissionsgeschäft
i. V.
W. Schmidt, Holt
b. Kierspe.

Zur Stielfabrikation geeignetes
Eschenholz
kaufen fortlaufend
Engstfeld & Lamberti,
Bollwerk.
Fernspr. Lüdenscheid 10.

Futtermittel

Rapskuchen
Rapskuchenmehl
Palmkuchen
Palmkernschrot
Sojaschrot
Erdnußmehl 54%
Erdnußmehl 56%
Leinmehl
Baumwollsaatmehl
Weizenvollmehl
Weizennachmehl
Weizenkleie
Zuckerschnitzel
Gerste
Gerstenmehl
Perlmais
auf Lager vorrätig:
Otto Ohler,
Ohl-Rönsahl,
Tel. 28 Amt Rönsahl.